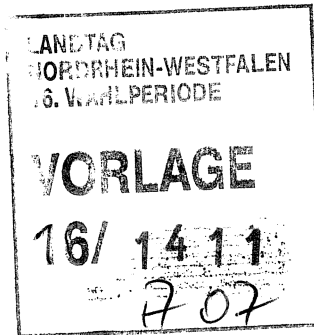




Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

An die
Präsidentin des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Frau Carina Gödecke MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



16. November 2013
Seite 1 von 1

Aktenzeichen 3.6008.06.01
bei Antwort bitte angeben

Sabine Reißberg
Telefon 0211 837-4594
Telefax 0211 837-664594
Sabine.reissberg
@mfkajs.nrw.de

**Berichterstattergespräch im Haushalts- und Finanzausschuss zum
Einzelplan 07 am 17. Oktober 2013**

Schriftlicher Bericht der Landesregierung
„Förderung der Aussteigerberatung NinA NRW“

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

Im Nachgang des o. g. Berichterstattergesprächs hat der Haushalts-
und Finanzausschuss den Wunsch nach einem schriftlichen Bericht zur
Förderung der Aussteigerberatung NinA NRW formuliert.

Für die Weiterleitung des beigefügten Berichtes an die Mitglieder des
Haushalts- und Finanzausschusses wäre ich Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Ute Schäfer

1 Anlage (60 Kopien)

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Haroldstraße 4
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 837-02
Telefax 0211 837-2200
poststelle@mfkajs.nrw.de
www.mfkajs.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien
704, 709, 719
Haltestelle Poststraße

Förderung der Aussteigerberatung NinA NRW

Bericht an den Haushalts- und Finanzausschuss im Nachgang des Berichterstattingesprächs zum Einzelplan 07 im Landtag am 17. Oktober 2013

I. Finanzierung von NinA NRW aus Landesmitteln

Die Aussteigerberatung NinA NRW, angesiedelt beim Träger RE.init eV, wird nach entsprechender Antragstellung mit rund 102.000,- € aus Kapitel 070 70, Titel 684 22 gefördert. Bewilligungs- und Durchführungszeitraum gehen vom 1. Juni 2013 bis 31. Dezember 2013.

II. Bundesförderung

NinA NRW wird im Zusammenhang mit der o. g. Landesförderung nicht vom Bund komplementär finanziert. Die Bundesförderung über das Xenos-Programm „Ausstieg zum Einstieg“ ist zum 30. April 2013 ausgelaufen. Das komplette Sonderprogramm endet zum 31. Dezember 2013. Vor diesem Hintergrund hatte RE.init e.V. einen Projektantrag beim MFKJKS gestellt.

III. Perspektive

Zum Zeitpunkt des Berichterstattingesprächs am 17. Oktober 2013 gab es keinerlei Aussage des Bundes über eine mögliche Förderung der ursprünglich bundesweit 12 Aussteigerinitiativen, die aus dem XENOS-Sonderprogramm gefördert wurden. Lediglich die Aussteigerberatung EXIT Deutschland hatte eine Förderzusage für 2014 aus dem Bundesfamilienministerium erhalten.

Nordrhein-Westfalen hat gemeinsam mit den Ländern Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg eine Bundesratsinitiative zur Weiterförderung auf den Weg gebracht.

Der Bundesrat hat am 20. September 2013 beschlossen, die Bundesregierung aufzufordern, auch nach dem Auslaufen des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, die nahtlose Weiterfinanzierung der ebenfalls erfolgreichen Aussteigerprojekte in den Ländern zu sichern,

den bedarfsgerechten Ausbau von Aussteigerprojekten in allen Ländern zu gewährleisten und entsprechende Mittel aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung zu stellen.

Im Nachgang hierzu ist der Projektgruppe „Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus“, Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus mit Brief des BMFSFJ vom 6. November 2013 eine Einladung zu einer Bund-Länder-Besprechung am 25. November 2013 zugegangen. Darin wird ausgeführt, dass geplant sei, die Entwicklung von Hilfen zum Ausstieg aus dem Rechtsextremismus in das bestehende Programm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ (TFKS) zu integrieren. Die grundsätzliche Bereitschaft für eine Finanzierung stehe unter dem Vorbehalt der Neuausrichtung der Bundespolitik.

Somit ist die Förderung von NinA NRW ab 2014 aktuell nicht gesichert.

Die Landesregierung wird sich intensiv dafür einsetzen, dass die Aussteigerinitiativen im Jahr 2014 über das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ gefördert werden, damit sie ihre wichtige und notwendige Arbeit fortführen können. Darüber hinaus wird die Landesregierung sich in der Auseinandersetzung mit dem Bund für die Sicherstellung der Förderung über die aktuelle Förderphase hinaus im Zusammenhang mit einem potenziellen neuen Bundesprogramm einsetzen.